

Berliner Tageblatt

Nr. 578 (Ausgabe für Berlin)
Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Freitag 5. Dezember 1924

Druck und Verlag von Rudolf Moller in Berlin.

Ein Erfolg der demokratischen Politik.

Die Bedeutung des deutsch-englischen Handelsvertrages.

Der Abschluß des Vertrages.

E. D. Während der Außenminister Dr. Stresemann sich seit Wochen ausschließlich dem Wahlgang widmet, ist es der deutschen Diplomatie und den amtlichen deutschen Wirtschaftsvertretern in London gelungen, den ersten großen, richtunggebenden Handelsvertrag mit einer der alltiersten Mächte, mit England, abzuschließen. Am 10. Januar kommenden Jahres tritt bekanntlich die Klausel des Verfallens des Friedensvertrages, die Deutschland eine einseitige Meistbegünstigung den damaligen Kriegsgegnern gegenüber auferlegte. Die monatlichen Verzehrungen und Verhandlungen der deutschen Delegierten mit den verschiedenen Nationen über die Neuregelung der Handelsverhältnisse haben nunmehr zu einem, dem ersten großen Einvernehmen geführt. Mit Genugtuung stellen wir fest, daß der alte englische Handelsgeist, der sich von allem Kleinlichen fernhält und immer nur die großen weltwirtschaftlichen Aufgaben im Auge hat, Deutschland gegenüber alle Vereingemessenheit und alles Mißtrauen aus der Kriegszeit her hat fallen lassen. Deutschland ist wieder wirtschaftlich, als gleichberechtigte Großmacht anerkannt worden. Eine neue Epoche ist damit in die psychologische Phase, die uns seit Jahren umgeben hat, geschlossen worden. Das ist ein unbestreitbarer Erfolg der demokratischen Außenpolitik, zu der auch Dr. Stresemann sich, nach vielen Zerrungen und Wägungen, bekannt hat, und die jetzt als „nationale Realpolitik“ neu zu effektiver verknüpft. Nachdem sich Deutschland durch sein uneingeschränktes demokratisches Wiederarbeitertum im Ausland bereits wieder finanziell und politisch Vertrauen erworben hat, unterstreicht das Ausland dieses Vertrauen nunmehr auch wirtschaftspolitisch durch den Abschluß eines Vertrages, der auf dem Prinzip völliger Gleichberechtigung aufgebaut ist.

In dem deutsch-englischen Handelsvertrage fallen alle Beschränkungen fort, die das freie Spiel der Märkte in dem gegenseitigen Handels- und Transportverkehr einschränken konnten. Der Grundriss der Meistbegünstigung wird, hüben und drüben, auf der ganzen Linie durchgeführt. Das bezieht sich nicht nur auf den Waren- und Import, sondern auch auf die Niederlassung deutscher Gewerbetreibender in England und umgekehrt. Das erstreckt sich in der gleichen Weise auf die Gewerkschaften, auf das Versicherungswesen, auf die Patente, auf die Auslieferung, und endlich, auch auf die Schifffahrt. Alle Ein- und Ausfuhrverbote sollen fallen und nur dann sollen sie als Ausnahme in Kraft bleiben, wenn sie allen übrigen handelsstrebenden Nationen gegenüber gleichmäßig angewendet werden. Selbst in der vielumstrittenen Frage, ob deutsche Matrosen auf englische Schiffe dienen dürfen, hat die Londoner Regierung nachgegeben, obwohl sie, bei der gegenwärtigen großen Arbeitslosigkeit in England, mit dem Verbot ihrer Matrosen gegen diese Konkurrenz zu rechnen hatte. Alle Streitfragen sollen vor ein Schiedsgericht, und zwar vor den künftigen Internationalen Gerichtshof im Haag, kommen. Die Vertragsdauer soll sich auf fünf Jahre, mit einjähriger Kündigungsfrist, ausdehnen. Die Bestimmungen des Vertrages sollen allerdings nicht für die englischen Dominions, die Kolonien und die Mandatsbesitzungen Geltung haben. Darüber hat die englische Regierung kein Verfügungsrecht, sich aber bereit erklärt, Indien und die Dominions zum Abschluß gleichartiger Verträge zu veranlassen.

Offen gelassen ist einzig und allein das Problem der 26-prozentigen Exportabgabe, die England als Reparationsmaßnahme dem deutschen Handel auferlegen hat. Die deutsche Regierung hat von vornherein den Standpunkt vertreten, daß nach der Annahme des Dawes-Guthachten diese einseitige Abgabe unzulässig sei. Mit Erfolg hat sie sich dagegen gewehrt, daß der deutsche Exporthandel auf diese Weise in seiner Entwicklung gehemmt und mit einer Abgabe belastet werde. Auf alle Fälle wird das

bisherige Verfahren, wonach jeder einzelne Exporteur diese Abgabe zu entrichten und sie sich dann umständlich von der deutschen Regierung einzulassen hat, fortfallen. Das war eine unerträgliche Belastung des deutschen Handels mit England, die ihm die Entfaltungsmöglichkeit nahm. So das Reich freilich im Rahmen der gesamten Reparationsverpflichtungen diese speziellen Abgaben schließlich als eine Pauschalsumme zu bezahlen haben, oder ob England wie die übrigen Reparationsgläubiger direkt und ausschließlich aus dem allgemeinen Reparationsfonds befreit werden wird, steht noch dahin. Das letzte Wort hat der Generalagent für die Reparationszahlungen zu sprechen.

Abgesehen davon, begrüßen wir diesen lokalen Meistbegünstigungsvertrag mit England und hoffen, daß die deutschen Wähler, nach diesen neuerlichen Erfolgen der demokratischen Außen- und Wirtschaftspolitik, am Sonntag bei der Wahl durch das Eintreten für die Deutsche demokratische Partei es ihr ermöglichen werden, diese Politik konsequent und unbeirrt fortzuführen.

Der Verlauf der Londoner Verhandlungen.

Die Dominions und Indien — Einwürfe der deutschen Delegierten.

Neben der deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen wird uns von einem Mitglied der gestern aus London nach Berlin zurückgekehrten Delegation folgendes mitgeteilt:

„Die Handelsvertragsverhandlungen in London waren die ersten Verhandlungen, die nicht auf Grund des Vertrages von Versailles stattfanden. Es waren Verhandlungen zwischen Gleichgestellten, bei denen lediglich die Interessen der beiden Parteien zu Worte kamen. Sie wurden durchweg in einem angenehmen und freundschaftlichen Tone geführt.“

Durch den Vertrag werden die gesamten Handels- und Verkehrsinteressen die Beziehungen- und Niederlassungsrechte der beiderseitigen Staatsangehörigen und Gesellschaften in den beiden Ländern nach dem Grundriss der Meistbegünstigung geregelt, d. h. die deutschen Staatsangehörigen und Gesellschaften werden in Zukunft in Großbritannien genau so behandelt werden, wie die Staatsangehörigen der meistbegünstigten Nationen. Ein wie großer Fortschritt das gegen den bisherigen Zustand bedeutet, werden am besten die deutschen Kaufleute ersehen können, die zu Großbritannien geschäftliche Beziehungen unterhalten. Wenn es nicht gelände ist, die Einzelbestimmungen ganz aufzuzählen, so ist auf Grund der Verhandlungen doch in Zukunft deren liberale Handhabung zu erwarten; jedenfalls werden die Deutschen in England nicht mehr schlechter behandelt werden als die Angehörigen anderer Nationen.

Eine gleichzeitige Regelung unterer Verhältnisse zu Indien und den Dominions sowie den anderen Teilen des britischen Reiches war nicht möglich, da England verfassungsrechtlich nicht das Recht hat, für die Regierungen dieser Gebiete in wirtschaftlichen Dingen verbindende Verpflichtungen einzugehen. Zum Beweis dieser Behauptung ist darauf hingewiesen, daß die Zollpolitik Indiens und der großen Dominions sich ja in erster Linie gegen das Mutterland selbst richtet und trotz aller Bezugnahme die Zollhoheit zu behalten sind, daß sie die Einfuhr aus Großbritannien einschränken. Entgegen anderen Meinungen hat die britische Regierung nun nicht die Absicht, das Zustandekommen einer Regelung zwischen Deutschland und den oben genannten Gebieten zu verhindern, sondern sie wird vielmehr den Vertrag dort vortragen und seine Annahme empfehlen. Sollte diese Annahme abgelehnt werden, dann steht es Deutschland frei, mit den Dominions ohne englische Vermittlung zu verhandeln.

Schließlich darf noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß auch die in den Abschnitten 1 und 2 des Protokolls gemachten Konzeptionen durchaus für beide Teile gelten.

Englische Pressestimmen.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

London, 5. Dezember.

Zum Abschluß des deutsch-englischen Handelsvertrages stellt die gesamte Morgenpresse, soweit sie zu diesem Ergebnis Stellung nimmt, fest, daß die Verhandlung unbedingt notwendig war, erstens, weil zu Beginn des neuen Jahres der Zeitraum von fünf Jahren, während dessen sich die Alliierten das Wirtschaftungsverbot gegen Deutschland einhalten wollten, auslaufen würde. Selbst die „Morning Post“ gibt zu, daß der Abschluß eines deutsch-englischen Handelsvertrages nötig sei, meint aber, es sei eine zweite Frage, ob der vorliegende Vertrag für England vorteilhaft wäre. Das Blatt weist hierbei auf die Ausführungen von W. A. Hewins hin, der auf dem Standpunkt steht, daß der Vertrag Deutschland „außerordentliche Vorteile biete, und daß er es in erhöhtem Maße befähige, mit den englischen Interessen in Wettbewerb zu treten.“ Hewins sagt, wir müßten auf den uneingeschränkten Wettbewerb in Handel, Schifffahrt wie auf allen anderen wirtschaftlichen Gebieten Englands gefaßt sein. „Morning Post“ weist dann noch darauf hin, daß die Dominions, Indien und die englischen Kolonien und Protektorate im Augenblick nicht in den Vertrag eingeschlossen seien. Die Produktion des Empire würde sich jedoch des Meistbegünstigungsrechtes erfreuen, wenn sie den deutschen Waren die gleiche Behandlung zuteil werden lässe.

Wahlkampf und Zukunft.

Von (Nachdruck verboten.)

Major August v. Parsoval.

Der Wahlkampf tobt. 26 Parteien ringen um die Gunst der Wähler. Davon, an deutschen Verhältnissen gemessen, sechs große Parteien, die gewisse Weltanschauungen oder Interessengruppen vertreten, ein Dutzend andere noch zur Zeit berechtigt, der Rest ist Kleinzeug, das einem persönlichen Ehrgeiz, einem feinen Geldinteresse oder gar irgendeiner Verächtlichkeit seine Entstehung verdankt. Nach englischen Begriffen würden drei, höchstens vier Parteien berechtigt sein: eine demokratisch-republikanische, eine monarchistische und eine katholische Partei. Dazu noch eine Arbeiterpartei. Wir müssen mit der Zeit dahin kommen, in Deutschland eine ähnliche Vereinfachung zu erzielen.

Gesehen vom rein demokratischen Standpunkt sind die Deutschnationalen, die Volkischen und der rechte Flügel der Volkspartei nur eine reaktionäre, antirepublikanische Masse, die sich untereinander nur im Temperament und allenfalls in der Kampfmethode, aber nicht in der Tendenz unterscheiden. Was die Kampfmethode betrifft, so müßte sich die Deutsche Volkspartei einigermassen beherrschen, da sie nach der Wahlsicht wieder mit den Deutschnationalen zusammenarbeiten will. Herr Stresemann versucht vergeblich, den Wind von allen Seiten zu fangen und den Geboten der Staatsvernunft wie den Oppositionsgeistern seiner Wähler gleichzeitig Genüge zu tun. Er greift daher die Tatsachen ein bißchen und schließt wie der Diamant in allen Farben. Nur ist er nicht so ebel.

Mit Bedauern muß ich feststellen, daß der Grundriss, das man im Kampf mit den Volksgenossen nur mit a n s t ä n d i g e n Mitteln zu arbeiten soll und nicht wie man im Kriege gegen den ausländischen Feind vorgeht, von fast allen Parteien mißachtet wird. Namentlich aber die Deutschnationale Volkspartei hat den Wahlkampf vorwiegend als einen Gegner Mangel an Rationalität gewertet. Aber sie hat den Bogen überbesselt, und nun hat sich der Pfeil auf den Schützen zurückgewendet. Jahrelang haben die Deutschnationalen gegen alle notwendigen und leider oft idiosyncratischen Regierungsmassnahmen auf das Schärfste protestiert. Sie haben dem Wiedereinbau geradezu entgegengehandelt, um die Befähigung der Republik zu verhindern. Ich will keine scharfen Ausdrücke anwenden; aber ihre Journalistikaletik des Kampfes ist ähnlich verjüngt, die während des Krieges die Engländer gegen uns angewendet haben. Als nun das Dawes-Guthachten kam, da mußten sie Farbe bekennen, und um die Meistbegünstigung zu vermeiden, haben sie die bekannten „Abkommensbedingungen“ gemacht. Sie müßten sich dann sagen lassen, daß sie die Republik anerkennen, wenn es sich um die Ministerliste handelt, sie aber auch schärfste Bekämpfung, wenn es um die Wahlmänner geht. Dadurch haben sie nicht nur bei ihren Gegnern, sondern auch bei ihren eigenen Wählern das Vertrauen verloren und hatten das Unglück, daß sogar in der englischen Presse die Verwunderung darüber ausgedrückt wurde, daß sie durch ihre Politik die Stellung Deutschlands dem Ausland gegenüber schädigen. Aber eines soll ihnen nicht vergessen werden. Die Deutschnationalen sind die Führer bei der Niederlage geworden. Sie haben durch unfinstige Verlängerung des Widerstandes den Zusammenbruch herbeigeführt, für den sie nun die „Novemberverbrecher“ verantwortlich machen, um sich selbst zu entlasten. Freilich kann man die Revolution nicht entschuldigen. Sie war schlimmer als ein Verbrechen, sie war eine kolossale Dummheit. Aber daß solche Ereignisse eintreten müssen, wenn die letzten Mittel des Widerstandes und die letzten Nervenkraft verdräht sind, und gar wenn der oberste Führer erklärt, daß alle Hoffnung verloren ist, so wie es der General Luden vor sich getan hat — das müßten diese „Staatsmänner“ wissen und — sie müßten es auch. Aber ihnen ging es auf Wogen oder Brechen. Es war ein verbrecherisches Hazardspiel.

Was du auch tust, fange flüchtig an, und bedenke das Ende. Dieses „bedenke das Ende“ hat den Führern all die Kriegsjahre und schon lange vorher gefehlt. Mit blutendem Herzen sieht man nachträglich, wie die vorläufige Wismarsche Politik verlassen wurde, ungenutzt einer fahigen, unklaren, und auf den äußersten Schein bedachten Politik. Konfervative Beschränktheit hat uns den Meistbegünstigung verloren, und diese feindliche, die Verhältnisse nicht berücksichtigende Art ist heute noch die gleiche. Das Unverständnis, die utopische Art der Beurteilung, als könnte die Regierung mit mehr Energie größere Erfolge herausheulen — bei ihrer der Strukturlosigkeit übertrieben, mit der gefährliche Depressen der französischen Regierung erfinden werden, um den Gegner zu diskreditieren.

Ein aufrichtiges Zusammenwirken mit den Deutschnationalen war nicht zu erwarten. Man sah voraus, daß sie ihren Einfluß in der Regierung zur Untergrabung der Republik verwenden würden. Das Zusammengehen mit dieser Partei Recht abgelehnt zum großen Entsetzen aller Zeitgenossen. Ihnen sei aber unerwartet alles herbeigeführt. Dank dafür gesagt. Seit dem Kriege war das endlich einmal wieder ein mannhaftes Wort, daß die Situation klar! Freilich hat noch hinzugefügt, daß nur solange, bis die Zerschlagung der Staatsgewalt die nötigen Fortschritte gemacht habe, dieser Ausschluß dauern soll. Ich glaube, das wird lange dauern, und die Einwirkung wird einen ganz andern Weg laufen. Der Grabschreiber Republikanismen und Gegnern der Republik wird sich voraussichtlich durch den Wahlkampf merklich verziehen, und es ist dringender nötig,

Die Deutsche demokratische Partei

steht auf den Stimmzetteln an 2. Stelle. Wer demokratisch wählt, muß auf dem Stimmzettel in den Kreis hinter der



ein Kreuz einzutragen. Am 2. Dezember muß der 2 der Sieb gehören!